



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/203

29. Dezember 1949

Ein Schlußstrich

-dt. Im Büro des Justizkollegiums in Frankfurt laufen zur Zeit die Antworten auf das Rundschreiben ein, mit dem die Justizminister

der Bundesländer im November eine Beendigung der Entnazifizierung angeregt haben. Es ist kaum anzunehmen, dass sich irgendein Land

den in dem Rundschreiben ausgesprochenen Gedankengängen verschlies- sen wird; in den meisten Fällen ist ja die Empfehlung eine Zusam-

menfassung der bisher getroffenen einzelnen Ländermassnahmen. Das Ergebnis wird noch keine endgültige Aufhebung der politischen Son-

dergesetzgebung sein, wie sie der Papst zu Weihnachten nicht nur von Deutschland gefordert hat, aber man kann wohl sagen, dass es

der Anfang vom Ende der Entnazifizierung ist.

Damit wird ein Kapitel abgeschlossen, dass in die Nachkriegs- zeit viel Erbitterung und Enttäuschung getragen hat; nicht nur bei

denen, die unmittelbar "betroffen" waren, denn betroffen war von der Entnazifizierung das ganze Volk. Wenn von einer Sondergesetzgebung

rund 8 Millionen Menschen erfasst werden, dann kann dies auf den ganzen Volkskörper nicht ohne Einfluss bleiben.

Die Entnazifizierung war einmal als eine Schutzmauer gedacht, die man um die neue deutsche Demokratie zog. Ausserhalb dieser

Mauer sollten jene stehen, die infolge ihrer politischen Vergangen- heit der Demokratie gefährlich erschienen und sie sollten nach

Massgabe ihrer Läuterung nach und nach in die demokratisch gefestig- te Gemeinschaft aufgenommen werden. Dieser an sich nicht schlechte

Gedanke hat aber in der Praxis zu Erscheinungen geführt, die die junge deutsche Demokratie auf Jahre hinaus belasten. Im Laufe der

Zeit hat sich erwiesen, dass man politische Schuld nicht mit den

überlieferten juristischen Maßstäben messen und sühnen kann. In zahllosen Fällen ist politischer Irrtum als politische Schuld aufgefasst und behandelt und von dieser vermeintlichen Schuld die Unfähigkeit abgeleitet worden, etwa Bücher zu führen, Briefe suszutragen oder eine Weiche zu stellen. Man braucht sich nicht nur an den Witz zu erinnern, der in den ersten Nachkriegsjahren grassierte und von einem Mann erzählt, der als ehemaliger Blockleiter nicht mehr Buchhalter sein konnte, sondern Strassen kehren musste und von einem Zellenleiter, der, weil er Zellenleiter war, nicht mehr wie bisher Strassen kehren durfte.

Es ist wahr - am Anfang schwangen die Besatzungsmächte den Taktstock der Entnazifizierung. Erst als die Dissonanzen zu schrill wurden, legten sie den Taktstock in deutsche Hände. Es lässt sich aber nicht leugnen, dass auch wir Deutsche uns allzu oft von Ressentiments, von materiellen Interessen und ähnlichen unschönen Dingen treiben liessen. Die Besetzung in den örtlichen Spruchkammern gab oft Anlass zu Klage und bot manchmal Gelegenheit zu persönlicher Rache. Mancher grundehrliche, politisch verirrte und dem Nationalsozialismus entfremdete Mensch ist dadurch abgestossen worden und der Vorwurf, dass man die Kleinen hänge und die Grossen laufen lasse, ist trotz der Nürnberger Urteile nie verstummt. Oft haben uns die Besatzungsmächte zu diesem Vorwurf verholten, wie z.B. erst in jüngster Zeit der Fall des SS-Generals Wappenhans in Niedersachsen zeigt. Andererseits gibt es auch heute noch erstaunliche und empörend milde Urteile in solchen Fällen, da die politische in eine kriminelle Schuld ausgeartet ist.

Man hätte die Entnazifizierung auch anders anfassen können. Man hätte, als die "Hohaitsträger" ihrer Hoheit entkleidet waren, das Auge der papierenen Gerechtigkeit schliessen können und dafür zwei Tage lang die biblische Gerechtigkeit nach dem Grundsatz Auge um Auge, Zahn um Zahn walten lassen können. Etwaige revolutionäre Unschönheiten eines solchen Prozesses hätte man damals durchaus verstanden und gebilligt, umso leichter wäre es nachher gewesen, einen Schlusstrich zu ziehen. Für die grossen Schreiber von einst, die sich beim Zusammenbruch getarnt hatten, hätte man später immer noch die ihnen zustehende Gerechtigkeit gefunden.

Leider ist die Entnazifizierung andere Wege gegangen. Ob dieser Weg erfolgreicher war, kann bezweifelt werden. Vielleicht aber kittet die versöhnende Geste, die der Empfehlung des Justizkollegiums zugrunde liegt, einiges von dem Scherbenhaufen, der sich in vier Jahren angesammelt hat. Auch das sei ein Wunsch zum Beginn des "Heiligen Jahres".

Frankreich und der Ferne Osten

A.F. Paris, Ende Dezember

Paris ist an der Entwicklung in China keineswegs uninteressiert, denn es hat nach wie vor in Ostasien, d.h. in Indochina, wichtige politische und wirtschaftliche Belange zu verteidigen.

Die Verhältnisse in der fernöstlichen Besetzung der französischen Union sind immer noch unbefriedigend und kritisch. Trotz aller Aufforderungen, besonders der Linksparteien, hat es die französische Regierung bisher abgelehnt, mit dem kommunistischen und zweifellos

immer noch recht einflussreichen Ho Chin Minh zu verhandeln. Das offizielle Frankreich setzt seine ganze Hoffnung auf die Karte Bao

Dai. Dem ehemaligen Kaiser von Annam, der der Aristokratie viel näher steht als dem indochinesischen Volk, soll es gelingen, das Land

der französischen Union zu erhalten und dem kommunistischen Einfluss zu entziehen. Um ihm die Erreichung dieses für die westliche Welt

zweifellos wichtigen Zieles zu erleichtern, hat sich Frankreich bereit erklärt, Indochina eine weitgehende und tatsächliche Unabhängig-

keit zuzugestehen. Es ist allerdings nicht recht verständlich, weshalb bisher das französische Parlament den vom dem französischen Prä-

sidenten Auriol und Bao Dai unterzeichneten Staatsvertrag noch nicht ratifiziert hat. Dieses Zögern kompromittiert zwangsläufig den ehe-

maligen Kaiser von Annam in den Augen seines Volkes. Es gehört zu den oft tragischen Widersprüchen der französischen Politik, häufig vor

der letzten Entscheidung zurückzuschrecken und dadurch Gefahr zu laufen, sich zwischen zwei Stühle zu setzen.

Das Erscheinen Mao Tse Tungs an der Nordgrenze Indochinas vereinfacht die Verhältnisse nicht. Die baldige Regelung des indochinesischen Problems wird unter diesen Umständen zur Schicksalsfrage.

Dessen ungeachtet scheint der Quai d'Orsay entschlossen zu sein, die neuen Herren von China möglichst bald anzuerkennen, da er es für zwecklos hält, gegen einen nicht mehr aufzuhaltenden Strom zu schwimmen.

Die Einstellung Frankreichs zu Mao Tse Tung ist nicht einheitlich. Die kommunistische "Humanité" unterstreicht, wie nicht anders zu erwarten, die unerschütterliche chinesisch-sowjetische Freundschaft. Die nichtkommunistischen Franzosen sind weniger von der Moskauhörigkeit Mao Tse Tungs überzeugt. Sie stellen einmütig fest, dass zum ersten

Male in der Geschichte ein der Sowjetunion zumindest ebenbürtiges, wenn nicht potentiell überlegenes Land kommunistisch geworden ist.

Mao Tse Tung müsse und werde die Rolle des Satelliten ablehnen und sei durchaus in der Lage, mit Stalin auf einer Ebene völliger Gleichberechtigung zu verhandeln.

Weltpolitisch optimistische Persönlichkeiten gehen noch einen Schritt weiter und setzen ihre Hoffnungen auf die Unvereinbarkeit des starken chinesischen Nationalismus mit der sowjetischen Machtpolitik im Fernen Osten. Sie sehen ernstliche Spannungen zwischen Moskau und Peking voraus und schliessen die Möglichkeit eines gewaltigen chinesischen Titoismus nicht aus.

- - - - -
"Notfalls auch ohne Parlament"

sp. Die Bundesregierung sehe in dem Nachweis einer durchgreifenden Sozialpolitik, auch ohne die SPD, eine ihrer wichtigsten

Aufgaben, erklärte nach dem Bericht des "Schwarzwald-Baar-Boten" der CDU-Abgeordnete Anton Hilpert in einer Versammlung. Hilpert

ist eine Erklärung dafür schuldig geblieben, wie die Bundesregierung ohne die SPD eine "durchgreifende Sozialpolitik" durchführen

will. Vermutlich meint Hilpert die Sozialpolitik, die, um ein Beispiel aus der jüngsten Zeit zu nennen, von dem Geist getragen ist,

der im Bundestag herrschte, als die SPD die Auszahlung der ersten Rate der Haushaltshilfe noch vor Weihnachten erzwingen musste.

Das soziale Bewusstsein der Regierungsparteien erwachte damals erst, als die SPD auf namentliche Abstimmung über ihren Antrag bestand.

Konkreter wurde der Abgeordnete Hilpert, als er sagte, dass mit der Schaffung einer gesunden, hochleistungsfähigen Wirtschaft

die Voraussetzung gegeben sei, insbesondere das Flüchtlings- und Wohnungsproblem zu meistern. Das heisst mit anderen Worten, erst

wenn die heutigen Nutzniesser der Wirtschaft einigermaßen saturiert sind (man nennt das "gesunde hochleistungsfähige Wirtschaft"),

kann des Flüchtlings- und Wohnungsproblems gedacht werden. Diesem Ziel wird die Steuer-, Lohn- und Kreditpolitik bis in die letzten

Konsequenzen unterworfen; alles unter dem Gesichtspunkt des Primats der Wirtschaft. Dass die Wirtschaft dem Ganzen zu dienen habe und

nie Selbstzweck sein kann, ist dem Abgeordneten Hilpert und seinen Parteifreunden entgangen. Aus der gleichen Mentalität ist es diesen

Herren schon seit Frankfurt gelungen, die notwendige Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die Flüchtlings- und Wohnungsnot zu verhindern

und statt dessen ein einkömmliches Eigendasein zu führen. Die Sozialpolitik, die aus dieser Wirtschaftspolitik resultiert, sieht dementsprechend aus.

Schliesslich hat Hilpert - wieder nach dem Bericht der erwähnten Zeitung - noch einen Satz ausgesprochen, der der Vergangenheit ent-

rissen werden soll: Für die Politik, die in den nächsten vier Jahren gemacht werde, notfalls auch ohne Parlament, sei allein der Bundes-

kanzler verantwortlich, der lediglich an sein Gewissen und an die Verfassung gebunden sei. - Es muss ein weites Gewissen sein, dass

ein Regieren ohne Parlament aber mit Bindung an die Verfassung verantworten kann, jedoch die jüngste Praxis hat gezeigt, daß das mög-

lich ist. Der CDU-Vorsitzende Adenauer kann den CDU-Abgeordneten Hilpert nicht einmal der Lüge zeihen.

Nachrichten aus der Ostzone:

Polizeistrafanstalt in Wernigerode

sp. Eine der Polizeistrafanstalten befindet sich in Wernigerode. Die 400 zu längeren Strafen verurteilten Volkspolizisten sind in Strafkompagnien zusammengefasst. Durch scharfen Drill und Strafarbeit sollen die Häftlinge wieder zu "ehrenhaften Volkspolizisten" erzogen werden. Zu den bestraften Vergehen gehören in der Hauptsache Fluchtversuche nach dem Westen, Wachvergehen oder Befehlsverweigerung. Eigentumsdelikte, deretwegen die Volkspolizei einen sehr schlechten Ruf genießt, wurden noch nicht mit der Versetzung in Strafkompagnien bestraft.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt